

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin E 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481,
Tel.-Adr.: Rotafahne Berlin. Berl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH,
Berlin E 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 370.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inzerat“, Allgemeine Inzeraten-
Expeditiön, m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: 61
Kurs für 1925/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis voranzahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M., einjährl.
Ergeb. 26,00 M. in Berlin u. Orten m. eig. Postf. Postbezugs auschl. Bestell-
geld 2,60 M.; Streifenband im Ausland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12zeil. Blattmeterzeile 35 Pf.; die 3zeil. Blatt-
meterzeile 2,50 M. Arbeiterorgan, u. Familienanz.: Blattmeter, 20 Pf.
Kleinanz.: Zeitwort 20 Pf., Ueberchriftsw. 30 Pf., Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Hungerunruhen und Demonstrationen in Berlin und im Reich / Siehe im Blatt

Das Börsenkapital jubelt den Nazis zu

Die Reichen freuen sich über den Nazi-Überfall im Landtag — Auf zur Antifaschistischen Aktion!

Während in ganz Deutschland die Arbeiter in den Betrieben und Stempelstellen von fiebernder Empörung über den heimtückisch-feigen Verbrecherreich der Nazi-Landtagsfraktion ergriffen sind, während es überall zu spontanen Protestkundgebungen und Aktionen kommt, herrscht bei den Kapitalisten und speziell beim Börsenkapital Entzücken angesichts des Naziüberfalls. Die „Berliner Wörzen-Zeitung“, deren Name schon sagt, weissen Interessen sie vertritt, schreibt gestern:

„... so muß man doch feststellen, daß sich das Verhalten der Nationalsozialisten... durchaus begreifen läßt, und daß die kommunistischen Provokateure den verben Denzettel, den sie erhielten, durchaus verdient haben.“

Wenn die Nazis Arbeiterabgeordnete überfallen, dann jubeln die Börsianer. Das zeigt, im Auftrage welcher Kreise die Nazis hagen, stehen und schreien.

Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die Chorführerin im Lohnabbaukonzert, die nie verstummende Fanfare für jede Kürzung der Invaliden- und Wohlfahrtsausgaben, flüchtet den Nazis ein Bravo zu. Für sie ist das infame Banditenreiben der Nazis „das Warten einer gewissen ausgleichenden Gerechtigkeit“.

Der „Berliner Börsen-Courier“ darf nicht fehlen. Angesichts der Nazi-Exzesse magt er zu erklären, daß die Hafenkreuzfraktion „gerade im Preußenhaus ordentlich viel Disziplin geübt hat“!

Aus Essen ertönt die Stimme des Blattes der Stahl- und Bergwerkmagnaten, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“. Sie ergeht sich in Schmeicheleien und Reifalrufen für die Nazis, und fordert gleich rund heraus, daß die Kommunisten überhaupt nicht mehr ins Parlament kommen sollen.

Den reichen Ausbeutern des deutschen werktätigen Volkes gefällt das, was die Nazis vorgelesen am Abend im Landtag taten. Deutlicher kann die Nazi-Partei nicht zeigen, daß sie die Stütze und der Schlingel der kapitalistischen Blutsauger ist.

Selbst der „Vorwärts“ muß gestern zugeben, daß „am Mittwoch sich der Faschismus in seiner nackten Gestalt der Brutalität gezeigt hat“. Sehr richtig! Aber was haben die SPD-Führer im Landtag getan? Sie waren nichtswürdig

genug, untätig und gleichgültig zuzusehen. Wie diese „nackte Gestalt der Brutalität“ sich austobte. Mögen die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gegen die Faschisten kämpfen — die Herren SPD-Abgeordneten ziehen sich ins Restaurant zurück, wenn die Hitlerbande loschlägt. Sie machen den Nazis das Feld frei, damit sie besser zuschlagen können. Erbärmliche Gesellschaft!

Aber das Arbeitervolk Deutschlands bleibt gegenüber Schimpf und Beleidigung durch die Landtagsnazis nicht gleichgültig. Die Antifaschistische Aktion, zu deren getreuen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands aufgerufen hat, findet überall hitzerischen Widerhall. Aber es darf nicht bei bloßer Zustimmung bleiben. Es heißt, alle Kräfte der Arbeiterklasse, in welche Lagern sie immer auch heute stehen mögen, unmittelbar zusammenzufassen. Auf zur Antifaschistischen Aktion, an deren Spitze sich unerschrocken die Kommunisten stellen, um mit allen Mitteln die Bildung der Hitlerregierung zu verhindern!

Betriebe und Stempelstellen, treten miteinander in den antifaschistischen Wettbewerb! Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter, vereinigt euch in den antifaschistischen Abwehrformationen! Gemeinsame Front gegen den gemeinsamen Feind, der künftig in kein Arbeiterviertel, in keinen Betrieb, in keine Stempelstelle eindringen darf!

Grzejinski verbietet Weddinger Anti-Naziversammlung

Das Polizeipräsidium teilte gestern nachmittag dem Unterbezirk Norden mit, daß die von der KPD einberufene Versammlung im Pharusaal polizeilich verboten sei.

Das Verbot dieser antifaschistischen Versammlung durch SPD-Grzejinski leistet den Nazi-Führern offen Helfer-Dienste.

Nach Bekanntgabe des Verbotes bildeten sich spontane MassenDemonstrationen von über 3000 Arbeitern. Ein ausführlicher Bericht hierüber befindet sich im Innern des Blattes.

Aus dem Inhalt:

- Arbeitermörder in Kückeswagen enthaftet
- Die Rote Hilfe ermittelt Klemke-Mörder
- 2 Milliarden Vermögen hinterzogen
- Polizeiaktion gegen streikende Fleischer

In bolschewistischer Einheit vorwärts!

Plenartagung des Zentralkomitees der KPD.

Am 24. Mai tagte in Berlin das Plenum des Zentralkomitees der Partei. Die Tagung, an der die politischen Sekretäre der Bezirksleitungen der Partei teilnahmen, beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Lage und den Aufgaben der Partei.

Das Sekretat hielt Genosse Thälmann, der nach einer kurzen Analyse der Klassenlage, wie sie sich im Anschluß an die drei Wahlen dieses Frühjahrs auf Grund der allgemeinen Verschärfung der Krise ergeben hat, die Schlussfolgerungen für die Politik der Partei und der gesamten revolutionären Bewegung zog. Genosse Thälmann zeigte auf, daß sich in Deutschland eine chaotisch-nationalistische Welle von außerordentlichem Ausmaß ergibt, die ihren Ausdruck im Anwachsen der Hitlerpartei findet und für die revolutionäre Bewegung die Notwendigkeit des verstärkten Abwehrkampfes und der noch entschlosseneren Gegenoffensive heraustritt. Gegenüber der nationalistischen Hetze und Demagogie des Hitlerfaschismus muß die Partei viel entschlossener auf der Linie des Freiheitsprogramms und der Deklaration des Zentralkomitees zur Reparationsfrage die Rolle der KPD, als einziger wirklich gegen Versailles kämpfender Partei darstellen.

Wenn man diese nationalistische Welle, mit deren Hilfe es der Bourgeoisie gelungen ist, breite Massenmassen vom Kampf gegen das kapitalistische System auf den bloßen Haß gegen die Versailles-Knechtschaft abzulenken, in Betracht zieht, muß man feststellen, daß die Partei diesen Angriffen starke Widerstandskraft entgegengeleitet hat. Das heißt keineswegs die notwendige Feststellung der Partei auf, daß es uns nicht gelungen ist, die in den objektiven Bedingungen gegebenen Möglichkeiten revolutionärer Erfolge in vollem Ausmaß auszunutzen. Die Partei muß vielmehr in ehrlicher Selbstkritik sich darüber Rechenschaft geben, daß auf den wichtigsten Gebieten der revolutionären Massenarbeit erhebliche Schwächen bestehen, die liquidiert werden müssen.

Es handelt sich hierbei keineswegs um eine Wendung, sondern gerade um eine noch härtere Durchführung unserer politischen Linie und der prinzipiellen Klassenpolitik der Partei. Die Beschlüsse des Februarplenums des ZK sind von größter Wichtigkeit und entsprechen heute genau so wie damals den Erfordernissen der revolutionären Bewegung. Es handelt sich vielmehr um eine scharfe Wendung in der praktischen Arbeit; darum, die Schwächen zu schließen und die Beschlüsse und ihrer Durchführung zu schließen.

Genosse Thälmann übte in diesem Zusammenhang ernste Kritik an der mangelhaften Art, wie bisher die Beschlüsse des Februarplenums des ZK von der gesamten Partei in die Tat umgesetzt wurden. Diesem Zustand muß, wenn die Partei ihren dauernd wachsenden Anforderungen und Aufgaben entsprechen will, unverzüglich ein Ende berichtet werden.

Bei unserem Kampf gegen den imperialistischen Krieg müssen neben der Lösung der Verteidigung der Sowjetunion vor allem jene Fragen in den Vordergrund gerückt werden, in denen der imperialistische Krieg unmittelbar die deutschen Arbeiter und Werktätigen bedroht. In diesem Sinne muß noch die

„Ein dreifaches Rot Front der kommunistischen Landtagsfraktion“

Berliner Betriebe protestieren gegen das Nazi-Banditentum im Landtag

Der feige organisierte Überfall der Nazi-Banden im Preussischen Landtag hat unter der Berliner Arbeiterschaft größte Empörung ausgelöst. Mehrere Betriebe und Stempelstellen traten spontan zu Protestkundgebungen zusammen.

Die Belegschaftsversammlung der Firma Drehteile und Koppel, Spandau, über die wir noch an einer anderen Stelle der Zeitung berichteten, sprach in einer Resolution „ihren tiefsten Absichten über den gemeinen, feigen Überfall der Nazi-Fraktion auf die Führer der revolutionären Arbeiterschaft im Landtag aus“

In einer Resolution der streikenden Apphakteure der Firma Feierich, Reh & Co., Münchener Kop., heißt es u. a.:

„Mit Stolz senden die streikenden Apphakteure der kommunistischen Fraktion ihre brüderlichen Kampfgrüße. Mit einmütiger Verzachtung brandmarken sie das feige Verhalten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Wir begrüßen die Antifaschistische Aktion und rufen die Arbeiter in den Betrieben und Stempelstellen auf, in geschlossener Front wie wir den Kampf gegen jede Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter gegen den faschistischen Wortschreck, gegen die Vorbereitung des Interventionskrieges gegen

die Sowjetunion zu führen. Wir rufen der kommunistischen Landtagsfraktion ein dreifaches „Rot Front“ zu!“

Gestern nahm eine Belegschaftsversammlung der Kollegen der B.V.G.-Werkstatt Nord-Süd folgende Resolution an:

„Wir nehmen mit Entrüstung von dem feigen Überfall der Nazi-Banden auf die K.P.D.-Landtagsabgeordneten sowie auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Jürgensen im Landtag Kenntnis. Mit dreifacher Uebermacht schlagen die nationalsozialistischen Abgeordneten die K.P.D.-Abgeordneten nieder. Mit Empörung stellen die Arbeiter fest, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht gemeinsam mit den Kommunisten den feigen Überfall zurückgeschlagen haben.“

Dieser Vorfall im Landtag beweist deutlicher wie alles andere, daß die Arbeiter die Einheitsfront gegen den Faschismus schließen müssen.

Etwa 220 Arbeiter von den 250 in der Werkstatt Nord-Süd Beschäftigten nahmen an der Versammlung teil. Mit Ausnahme von 12 Sozialdemokraten, die vor der Abstimmung den Saal verließen, stimmten alle sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter mit den Kommunisten geschlossen für die Resolution.